Harte TV-Schlacht Kickl gegen den ORF: "Ist das seriöser Journalismus?"

Im Finale der ORF-Sommergespräche (siehe Video unten) setzte es für den Gastgeber eine deftige Rüge: Herbert Kickl (FPÖ) kritisierte den Moderator und auch das Weglassen eines ganzen Themas – der Migration.

„Da bin ich überrascht – nein, eigentlich bin ich gar nicht überrascht“, kritisierte der FPÖ-Chef deutlich die Themenauswahl des Staats-TV bei seinem Sommergespräch – der gesamte Themenkomplex Massenzuwanderung wurde beim Interview weggelassen, trotz des 10. Jahrestag des Beginns des Asyl-Sturms auf Österreich.
Auch die – sehr kühne, nicht faktenbasierte Annahme des ORF-Redakteurs, dass Herbert Kickl „ein Trump-Fan“ sei, nervte den FPÖ-Chef: „Was hat das mit seriösem Journalismus zu tun? Legen sie mir ein Zitat von mir vor, aus dem das herauszulesen wäre.“ Tatsächlich

konnte der suboptimal vorbereitete ORF-Mitarbeiter dann keinen Beleg für diese These vorbringen und wechselte nach einem Wort-Geplänkel über einzelne politische Handlungen Trumps dann das Thema.

Tatsächlich fiel nicht nur Herbert Kickl auf, wie sehr der ORF Sendezeit mit der Frage nach einem ohnehin schon mehrmals dementierten und von der ÖVP aber trotzdem immer wieder gestreuten Gerücht verbrauchte, dass der FPÖ-Chef als Landeshauptmann in Kärnten kandidieren würde. Für das große Problem Massenzuwanderung, das die Österreicher gleich nach der Teuerung am meisten belastet (siehe: Was uns belastet: Preis-Irrsinn vor Asyl-Chaos – die Klima-Angst aber nicht mehr), hatte der Staats-Funk dann keine Zeit mehr – was auch Herbert Kickl am Ende der Sendung kritisierte: „Das überrascht mich jetzt – nein, eigentlich überrascht es mich nicht“, warf der FPÖ-Chef dem Gebührensender eine manipulative Themenauswahl vor.

Harte Attacken kamen von Herbert Kickl auch gegen die Dreierkoalition: „Die Leute wollen Veränderung – deshalb waren wir auch die stimmenstärkste Partei bei der Wahl im Vorjahr. Und was will die Verlierer-Koalition? Soll dieses Land untergehen?“ Und die Österreicher hätte „kein Vertrauen mehr in diese Bundesregierung“, meinte Kickl: „Niemand geht nochmals zu dem Arzt, von dem er schon einmal verpfuscht worden ist.“ Die ÖVP-SPÖ-NEOS-Koalition nehme die Pensionisten aus, die „mehr zahlen müssen als die Banken“.

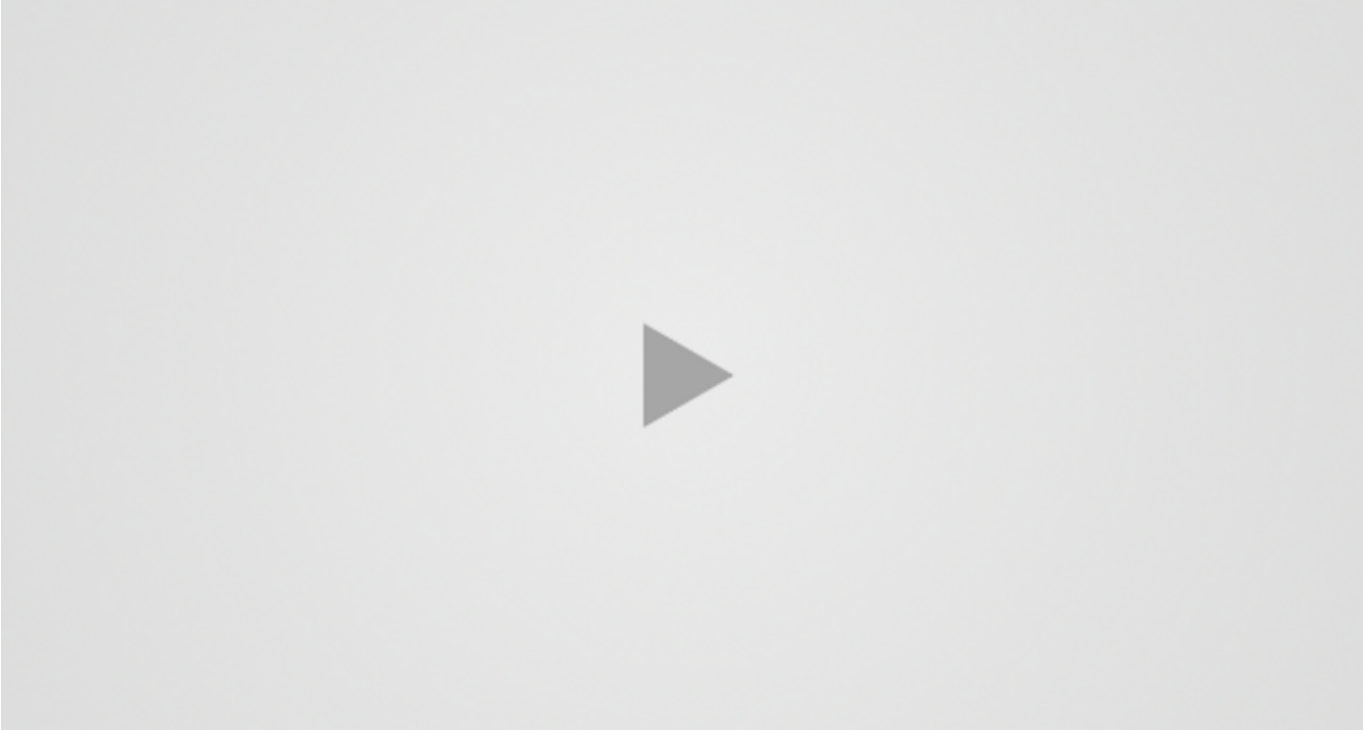
Bei der bewusst als Falle gestellten Frage, ob denn der FPÖ-Chef wieder Gas aus Russland importieren würde, meinte dann Kickl: „Das ist ja die Verrücktheit der Politik: Wir Österreicher sollen kein Gas aus Russland kaufen, aber Frankreich, Spanien, die Niederlande machen das schon?“ Dass der ORF-Mitarbeiter dann meinte, diese Nationen würden ja russisches LNG-Gas (mit dem Schiff transportiertes Flüssiggas) und nicht Pipeline-Gas aus Russland beziehen, brachte den FPÖ-Bundesparteichef dann zum Lachen. Kickl meinte dann noch: Österreich selbst solle seine Erdgas-Vorräte fördern, um die Abhängigkeit zu reduzieren.
Zur Debatte über die extreme Teuerung sagte Herbert Kickl: Staatliche Eingriffe bei den Preisen würden ihm keine Freude machen, versicherte der FPÖ-Obmann: „Aber man kann die Leute nicht alleine lassen.“ Es sollte einen staatlichen Eingriff bei den Grundnahrungsmitteln geben, dann eine Regulierung der Energiepreise, die ja die Inflation besonders befeuern.

Kickl: Streichung von Sky Shield und Ukraine-Hilfe

Diese staatliche Intervention würde der FPÖ-Chef mit radikalen Streichungen bei Förderungen und bei teuren Plänen der Bundesregierung finanzieren: Denn Ausgaben wie jene für den Raketenschutzschirm Sky Shield, für die Entwicklungszusammenarbeit, für die Ukraine-Hilfe, und für den Netto-Beitrag zur EU und das Asylwesen würde nicht hinterfragt. Zudem plädierte Kickl für große Änderungen im System: Ginge man bei den Förderungen auf das Vor-Corona-Niveau zurück, hätte man schon fünf bis sechs Milliarden eingespart.

Alleine ein Storno des Aufrüstungsprojekts Sky Shield würde den österreichischen Steuerzahlern vier Milliarden Euro ersparen, eine Streichung der Entwicklungshilfezahlungen eine weitere Milliarde. Und mit der Abschiebung aller Syrer nach Wegfall des Asylgrunds könnte Österreich weitere Milliarden für Verpflegung,

Wohnkosten und Finanzhilfe einsparen.

Credit: Screenshot ORF

ℹ Dieser Beitrag stammt ursprünglich von statement.at